

# Wilsdruffer Nachrichten

## Tageszeitung

### für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis einschließlich der Beilagen beträgt für den Vierteljahrspreis 1,20 M., für den Halbjahrspreis 2,40 M., für den Jahrespreis 4,80 M. Der Anzeigenpreis beträgt für die achtegespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfa. für den ersten Tag, für den zweiten Tag 15 Pfa., für den dritten Tag 10 Pfa., für den vierten Tag 8 Pfa., für den fünften Tag 6 Pfa., für den sechsten Tag 5 Pfa., für den siebten Tag 4 Pfa., für den achten Tag 3 Pfa., für den neunten Tag 2 Pfa., für den zehnten Tag 1 Pfa. Insonderheit sind für die Anzeigen in den Beilagen besondere Preise festgesetzt. Die Anzeigen werden am Tage der Aufnahme in den Anzeiger aufgenommen. Die Anzeigen werden am Tage der Aufnahme in den Anzeiger aufgenommen. Die Anzeigen werden am Tage der Aufnahme in den Anzeiger aufgenommen.

Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff  
Dresden, Straße 62  
Fernsprecher: Nr. 445

# Amerika fordert die Schuldentzahlung

## Die Schuldenliste

Dem Weißen Hause ist jenen eine übereinstimmende Note an Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland, Litauen, Rumänien, Estland, die Tschechoslowakei und Südspanien abgegangen, die diesen Staaten die Schulden an Amerika in Erinnerung bringt und den Wunsch ausdrückt, daß diese Länder sobald wie möglich in Unterhandlungen mit dem Schatzamt treten. An Moskau ist keine Note gegangen, weil die Sowjetunion die Jahre von Amerika nicht anerkannt ist. Gleichzeitig wird die folgende Schuldenliste einschließlich der Zinsen bis 31. Dezember 1924 bekanntgegeben:

Frankreich	4 137 224 354 Dollar
Italien	2 097 347 121 Dollar
Belgien	471 333 713 Dollar
Polen	178 539 999 Dollar
Tschechoslowakei	163 528 439 Dollar
Südspanien	64 139 050 Dollar
Rumänien	45 605 447 Dollar
Estland	17 488 685 Dollar
Griechenland	17 250 000 Dollar
Litauen	6 389 092 Dollar

Finnland hat seine Schulden von 8 515 000 Dollar bekanntlich abgezahlt. Da die eigentlichen Kriegsschulden Belgien erlösen worden sind, handelt es sich bei der für Belgien erwähnten Summe um Ertrags- und Wiederaufbauarbeiten der Nachkriegszeit. Die Anzeigen meinen sich, daß die amerikanische Politik in der Frage der Regelung der europäischen Schulden in ein aktiveres Stadium getreten ist. In offiziellen Kreisen wird betont, daß allein der Kongreß berechtigt wäre, Frankreich bessere Zahlungsbedingungen zu gewähren als England.

Associated Press meldet aus Washington, die Schuldenverwaltungskommission habe bis jetzt die Politik verfolgt, die Vorfälle der fremden Länder in der Schuldenfrage abzuwarten. Sie verteidigt die Ansicht, daß den Schulden genügend Zeit gelassen werden müsse, sich selbst über ihre Finanzlage völlig im Klaren zu sein, bevor man sie zur Regelung ihrer Schulden nötige. In Washingtoner Kreisen sei man gegenwärtig der Meinung, daß die Zeit des Wiederaufbaues vorüber sei, und daß mit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes die Lage Europas derart sei, daß es endgültig an die Bezahlung seiner Schulden gehen könne.

Die Meldungen, daß die Vereinigten Staaten an alle Staaten, die ihnen Geld schulden, eine Mahnung gerichtet haben, erwidern natürlich lebhaftes Interesse. Man hatte in politischen Kreisen schon seit langem geglaubt, daß eine solche Aktion unternommen werden würde und legt sich nunmehr die Frage vor, was die Ursache hierfür sein könnte. Die einen sagen, daß die jüngste Note an Rumänien ein Hinweis an Frankreich gewesen sei, und da die französische Regierung nicht schnell genug reagiere und die sonst so empfindliche französische Presse so tat, als ob sie den Hinweis nicht verstanden hätte, hatte man in Washington geglaubt, und der letzte Schritt sei die Folge dieses Aergers. Andere behaupten, daß Präsident Coolidge sehr verstimmt sei, weil aus der Friedenskonferenz nichts werden könne, und deshalb habe er den europäischen Ländern seine Meinung bekannt geben wollen, weil diese:

statt an Abrüstung zu denken, ihr Geld dazu verwenden, neue Kriege vorzubereiten, statt die aus dem letzten Krieg entstandenen Schulden zurückzahlen. Wieder andere behaupten, daß dem Präsidenten erklärt wurde, wenn vor dem Zusammenritt des amerikanischen Kongresses in dieser Beziehung nicht ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan werde, so würde der Kongreß die Regierung scharf anfeinden.

Die Korrespondenten verschiedener Doubler Blätter in Washington erklären in Telegrammen, daß Staatssekretär Kellogg auf einer kurzen Reise, von der er eben nach Washington zurückkehrte, die Ueberzeugung gewann, daß die öffentliche Meinung in Amerika die Nachsicht gegenüber gewissen europäischen Schuldnern fast habe.

## Ernstste Finanzlage des Reiches

### Eine Warnung des Reichsfinanzministers

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet am Montagvormittag, unter dem Vorsitz des Abg. Deimann den Haushalt des Reichsministeriums des Innern. Die Beratungen wurden eingeleitet durch eine

Rede des Reichsfinanzministers von Schliebau.

Im Anschluß an die Aussprache über die allgemeine Finanzlage im Steuerhaushalt erklärte der Minister:

Ich halte es für dringend notwendig, daß der Haushaltsausschuß, der für die Bilanzierung des Reiches im Jahre 1925 und den folgenden Jahren beschaffen sein wird, sowie, daß er die nötigen Schritte aus dieser finanziellen Lage zieht und seine Beschlüsse darüber, auf der einen Seite, welche Steuer- und Zollkonsumen für das Jahr 1925 und die folgenden Jahre verlangt werden müssen, und auf der anderen Seite, welche Vermögensgaben auf den Reichshaushalt einmalig oder dauernd abzuheben übernommen werden können. Ich darf Ihnen ein umfassendes Bild von unserer gesamten finanziellen Lage geben. Ich halte einen solchen Ueberblick für ein so notwendiges, als ich den Eindruck habe, als wenn trotz meiner Ausführungen im Plenum und im Steuerhaushalt, obwohl ein Teil der Öffentlichkeit, wie auch der Mitglieder dieses hohen Hauses noch immer nicht von dem auch jetzt noch bestehenden armen Ernst unserer finanziellen Lage überzeugt, sondern noch wie vor der Ansicht sind, daß ich zu schwarz gemalt habe, und daß die augenblickliche Kassenlage des Reiches eine weniger sparame Finanzwirtschaft als bisher achte. Ich erkläre ausdrücklich, daß mir nichts ferner liegt, als eine Teufelstriebe zu treiben, weil ich dies für das seltsame für die Wirtschaft und das Fortschreiten für die Finanzverwaltung selbst halten würde, daß ich aber nur dann die Verantwortung für eine geordnete Finanzwirtschaft tragen kann, wenn diese nicht auf augenblickliche, vorübergehende Verhältnisse aufzubauen, sondern auf langem Ziele einrichtet ist. — Der Finanzminister gab dann eine Uebersicht über die Kassenlage des Reiches zum 1. April 1925, über den Haushaltsentwurf 1925 und über den voranschreitenden Ausgabenbedarf in den Jahren 1925 bis 1930. Er wies u. a. darauf hin, daß die Mehreinnahmen beim allgemeinen Pensionsfonds, die sich bei Durchführung der zahlreichen, dem Reichstag ausgearbeiteten Anträge ergeben würden, seinerzeit überschlägig auf laufend 1 Milliarde, einmalig 4 Milliarde berechnet worden sind. In dem hiermit gefassten Beschlüssen sind Maßnahmen vorgeschlagen, die einen Kostenauswuchs von 4-5 Millionen erforderlich würden. Auch bei den anderen Haushalten liegen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die große Mehreinnahmen verursachen würden. Der Minister betonte, daß es in dieser Weise nicht fortgehen könne, wenn das Reich nicht erneut schweren Gefahren ausgesetzt werden soll.

Die Amerikaner behielten nichts mehr in der Welt als den Krieg. Alle Telegramme aus Europa sprechen wohl von neuen Kriegsgeschehnissen, von fortgesetzten kriegerischen Maßnahmen, von neuen Anleihen, aber kein Wort von Bezahlung der alten Schulden.

Man nimmt in London an, daß das Vorgehen Amerikas in Position Großbritannien sehr erleichtert habe, und daß es nunmehr der Regierung möglich geworden sei, in gleicher Weise wie Amerika gegenüber den Schuldnern vorzugehen. Aus diesem Grunde wird das amerikanische Vorgehen in London mit Freuden begrüßt.

Ein Telegramm der „Morningpost“ aus Washington besagt, daß die Vorkämpfer und Befürworter der neuen Maßste, von denen Amerika Geld zu fordern hat, gefragt wurden, was es mit dem Vorgehen der Vereinigten Staaten auf sich hätte. Aus der Art und Weise, wie die Vorkämpfer und Befürworter antwortet hätten, habe man

die Enttäuschung und den Kummer über den Schritt der Vereinigten Staaten sofort erkennen können.

Die Pariser Zeitungen versuchten die ganze letzte Woche lang glauben zu machen, daß Amerika keine Forderung an Frankreich richten habe. Dabei handelt es sich um ein bloßes Spiel mit Worten. Man erklärte immer wieder, es sei keine amerikanische Note auf dem Quai d'Orsay eingetroffen. Bekanntlich aber hatte der amerikanische Botschafter Herrick in dieser Angelegenheit wiederholte Besprechungen. Nunmehr muß man sich in Paris zu dem Eingeständnis bequemen, daß Amerika schon für die nächste Woche bestimmte Anträge über die Regelung der Schulden verlange.

Die in solchen Fällen immer, erklärt man dieses plötzliche Vorgehen der Vereinigten Staaten damit, daß sich die Washingtoner Regierung durch Deutschfreundlichkeit leiten lasse, um Frankreich in Verlegenheit zu bringen. Außerdem wird natürlich von der oppositionellen Presse gesagt, daß es nur die Schuld der Regierung der letzten sei, wenn Amerika nichttrübselig geworden wäre.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht eine

sehtlichkeit, wie auch der Mitglieder dieses hohen Hauses noch immer nicht von dem auch jetzt noch bestehenden armen Ernst unserer finanziellen Lage überzeugt, sondern noch wie vor der Ansicht sind, daß ich zu schwarz gemalt habe, und daß die augenblickliche Kassenlage des Reiches eine weniger sparame Finanzwirtschaft als bisher achte. Ich erkläre ausdrücklich, daß mir nichts ferner liegt, als eine Teufelstriebe zu treiben, weil ich dies für das seltsame für die Wirtschaft und das Fortschreiten für die Finanzverwaltung selbst halten würde, daß ich aber nur dann die Verantwortung für eine geordnete Finanzwirtschaft tragen kann, wenn diese nicht auf augenblickliche, vorübergehende Verhältnisse aufzubauen, sondern auf langem Ziele einrichtet ist. — Der Finanzminister gab dann eine Uebersicht über die Kassenlage des Reiches zum 1. April 1925, über den Haushaltsentwurf 1925 und über den voranschreitenden Ausgabenbedarf in den Jahren 1925 bis 1930. Er wies u. a. darauf hin, daß die Mehreinnahmen beim allgemeinen Pensionsfonds, die sich bei Durchführung der zahlreichen, dem Reichstag ausgearbeiteten Anträge ergeben würden, seinerzeit überschlägig auf laufend 1 Milliarde, einmalig 4 Milliarde berechnet worden sind. In dem hiermit gefassten Beschlüssen sind Maßnahmen vorgeschlagen, die einen Kostenauswuchs von 4-5 Millionen erforderlich würden. Auch bei den anderen Haushalten liegen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die große Mehreinnahmen verursachen würden. Der Minister betonte, daß es in dieser Weise nicht fortgehen könne, wenn das Reich nicht erneut schweren Gefahren ausgesetzt werden soll.

Washingtoner Depesche, daß man sich das Vorgehen Amerikas gegen alle Schuldnerstaaten dadurch erklären könne, daß nicht der Aufsehen erweckt werden solle, daß die Union nur gegen Frankreich vorzugehen beabsichtige. Außerdem sei die amerikanische Regierung überzeugt, daß endlich die Zeit gekommen sei, daß die Schuldner sich ihren Verpflichtungen entziehen. Nach den letzten Nachrichten wäre das Schatzamt geneigt, ein Moratorium für mehrere Jahre zu gewähren, doch glaubt man, daß der Kongreß diesen Plänen des Schatzamtes Widerstand leisten würde, weil es den sofortigen Beginn der Zahlungen fordere.

### Coolidge wünscht ein europäisches Sicherheitsabkommen

Im Einklang mit Amerikas Interesse an der Wiederherstellung normaler Zustände in Europa wünscht Präsident Coolidge, daß ein europäisches Sicherheitsabkommen zustande kommt, an dem auch Deutschland teilnehmen dürfte. Brooklyner Engele meldet aus Washington, daß Coolidge diesen Wunsch dem amerikanischen Botschafter Souabton vor dessen Abreise nach London angedeutet habe. Staatssekretär Kellogg betonte denselben Wunsch den europäischen Botschaftern gegenüber, indem er sagte, Amerika betrachte ein solches Abkommen als den größten Beitrag zum Frieden seit der Beendigung des Krieges.

### Zusammenritt der Bergarbeiter-Internationale

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Amsterdam wird angesichts der zunehmenden Grubenkatastrophen der Erhellungsausschuß der Bergarbeiter-Internationale in Kürze zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um Richtlinien für die Sicherheitsmaßnahmen im Bergbau festzulegen. Zur Teilnahme an der Sitzung sollen Vertreter der lohnfördernden Länder, des Internationalen Arbeitsamtes und des Völkerverbundes eingeladen werden.

## Es gärt in Elßaß-Lothringen

In weiten Kreisen von Elßaß-Lothringen ist man mit dem Regime in Paris nicht weniger als zufrieden. So wie man früher über Berlin geschimpft hat, so lönt es heute gegenüber Paris. Man beginnt sich im Elßaß zu wehren, und die große Opposition macht sich gewaltig Luft. Daß diese Opposition eine Macht ist und selbst dem großen Frankreich gefährlich werden kann, haben einige Völsche gezeigt, über die man aber in Paris zur Tagesordnung übergegangen. War es nicht ein Ereignis, daß der elßassische Abgeordnete Hueber es wagte, in der Kammer eine Rede in Elßasserdialekt zu halten... also deutlich zu sprechen? Die Tagesagentur hat nichts davon gemerkt und die Regierungspresse fand es nicht wert, diese deutsche Rede zu erwähnen. Dann kam der Schulkreiß, auch er bildete eine Nachspitze. Und heute liegt vor uns eine neue elßassische Zeitung, die „Zukunft“. Da lönt eine Sprache, die zum Aufstehen mahnt. Dieses Blatt erscheint in Zabern — ausgerechnet in Zabern, das schon einmal von sich reden machte, als das Elßaß noch unter deutscher Herrschaft stand. Nun soll wohl aus dem gleichen Zabern die Befreiung von Frankreich proklamiert werden. Lesen wir in „Der Zukunft“:

„Wir fühlen uns heute gekemmt auf kulturellem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Blindstürmender Eifer, in das Streben verfliegen, in der französischen Republik alles in allem gleichzumachen, wirkt uns um Generationen zurück in unserer Entwicklung. Aus jahrzehntelangem Aufstieg fallen wir zurück in ein veraltetes Mittelstages Verwaltungssystem. Von unseren Freiheiten bricht eine um die andere. Unsere Landesprache wird unterdrückt in Schule und Unterricht, Verwaltung, Rechtspflege und Gesetzgebung; kaum das sie noch geduldet ist im öffentlichen Leben, das sie seit anderthalbtausend Jahren beherrscht. Die Söhne des Landes sind in dessen Dienst zurückgesetzt vor den Innerfranzosen; die Ämter sind überfüllt mit Leuten, die wir so wenig verstehen wie sie uns. Polizei und Gendarmerie sind um ein Vielfaches vermehrt und verursachen schwere Steuerlasten. Unserer wirtschaftlichen Entfaltung sind so enge Schranken gezogen wie in längst vergangener Zeit. Wir leiden geistige und materielle Not!“

So lönt es aus einem in Elßaß-Lothringen gedruckten und von Elßaß-Lothringern geschriebenen Blatt. Ob man diese Sprache in Paris hören wird? Kaum, man wird darüber hinweggehen und wird nicht sehen wollen, daß dies die Sprache eines „befreiten“ Landestheiles ist, der sich wieder befreien kann und vielleicht schon will. Und weiter heißt es:

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, was gelten diese edlen Grundsätze bei uns in Wirklichkeit? Eine Freiheit, die nicht einmal das erste vornehmste Menschenrecht, das auf die Mutterprache, achtet, ist für uns keine. Eine Gleichheit, die nur in den Paragraphen, aber nicht in den Rechten besteht, brauchen wir nicht. Eine Brüderlichkeit, die für die meisten von uns nur eine Zurücksetzung ist, wollen wir nicht.“

Die „Zukunft“ betrachtet dann die Zeit des Krieges und die Zeit, wo die Franzosen ins Land kamen. Sie seien mit „Vive la France“ Aulen empfangen worden, aber auf elßassisch hätte was geheißen: „Es lebe der Friede, es lebe die Freiheit!“ Es hätte gar nicht anders heißen können, denn das Elßaß kannte ja Frankreich so wenig wie Frankreich das Elßaß. Und in der Folge, als die